

CDU/ FDP- Fraktion im Kreistag LK Leipzig

Bericht/ Zusammenfassung der Kreistagssitzung am 05.07.2023

Pressemitteilung

Am Mittwoch, den 05.07.2023 fand im Stadtkulturhaus Borna die Sitzung des Kreistages im LK Leipzig statt. Die übliche Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit war gegeben.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landrat Henry Graichen wurden zunächst die Formalitäten abgehandelt.

Im TOP 1.4 wurde der mit Mandat AFD für Botho Walter (AFD) nachrückende Groitzscher Torsten Breidel als KR vereidigt. Es bleibt abzuwarten, ob dieser für den Rest der Legislatur Kreisrat bleibt, oder sich vielleicht auch, wie der frühere AFD- KR Sven Großer aus Nerchau aus Gründen, die in Richtung Reichsbürger hindeuten, wieder zurückzieht. (siehe TOP 2.4)

„So wahr mir Gott helfe“ war sein abschließender Satz der Vereidigungsformel.

Es folgte der Eintritt in den öffentlichen Beratungsteil- TOP 2.

Im TOP 2.1 – Einwohnerfragestunde- gab es keine Anfragen, die Niederschrift vom KT im Mai wurde im TOP 2.2 bestätigt.

Unter TOP 2.3 ging Landrat Henry Graichen auf die ausgereichten schriftlichen Informationen ein.

KR Weizmann/ AFD nutzte die Gelegenheit für ausufernde Bemerkungen zu den Informationen zum voraussichtlichen Haushaltvollzug 2023 mit fast prophetischer Vorausschau. Insbesondere wurde dabei ein für die AFD allgegenwärtiges und gern instrumentalisiertes Thema besonders hervorgehoben. Die „illegalen Wirtschaftsflüchtlinge“ seien ursächlich für das vor allem in den Bereichen Soziales und Jugendhilfe zu erwartende Defizit von fast 30 Mio. €.

Trotz Mehreinnahmen (Kreisumlage, Schlüsselzuweisungen) würden so die durch diese Flüchtlinge entstehenden Mehrausgaben für deren Versorgung und Unterbringung sowie SGB II- Leistungen zu Ausgaben führen, die besser für die eigene Bevölkerung einzusetzen wären. Tausende könnten zurückgeschickt werden, würde man die Gesetzeslage umsetzen- aber dies geschehe gerade eben nicht mit Konsequenz.

Auch das Deutschlandticket, die Ukraine- Hilfen ... seien der Wahnsinn an Verschwendung von Steuergeldern. Ebenso seien die Kosten der MTL- Kliniken zu betrachten. Eine geregelte Insolvenz wäre hier der bessere Weg gewesen.

Im Ergebnis sinke die Leistungsfähigkeit des LK Leipzig, steigere sich das Defizit von 29 Mio auf 33 Mio €.

Landrat Henry Graichen erwiderte, dass 99 % der Ausgaben Pflichtaufgaben betreffen. Das Problem sei, dass der Gesetzgeber die Finanzierung der den Landkreisen und Kommunen auferlegten Verpflichtungen aber nicht auskömmlich regelt bzw. sichere.

Seitens des Landkreises seien lediglich maximal 5 % an Einsparungen überhaupt durch Entscheidungen umsetzbar.

Im TOP 2.3.2 bis 2.3.4 lagen weitere Informationen zum Umsatzsteuergesetz bezüglich Umsetzung im LKL, zu übertragenen Haushaltermächtigungen auf 2023 und zu personellen Veränderungen im Jugendhilfeausschuss vor.

Der TOP 2.4 betraf die Beendigung einer Ehrenamtlichen Tätigkeit als Kreisrat, konkret das Ausscheiden von Sven Großer/ AFD mit Begründungen, die auf eine Gesinnung Richtung Reichsbürger- Szene hindeuten.

Zur Fraktionssitzung hat sich die CDU- FDP- Fraktion dahingehend verständigt, dass man auf Kommentare bewusst verzichtet, um dem Thema nicht noch eine „Bühne“ und damit Aufmerksamkeit zu geben.

Von den Unabhängigen Wählern trat Uwe Herrmann ans Mikrofon und erklärte, dass er keine wirklichen Gründe, ausgehend von den im Gesetz „normierten“ Gründen, erkennen könne. 2019 habe auch S. Großer die Vereidigung als Kreisrat vollzogen, auch betreffend Grundgesetz...

Dem stimmte der Landrat zunächst zu, erklärte aber auch, dass ein Satz der Begründung: „...mit Gewissen nicht vereinbar in Verantwortung für seine Kinder...“ durchaus so zu deuten sei, dass er damit die Fürsorge für seine Kinder als „eingeschränkt“ betrachte.

Mit einigen Gegenstimmen (UWV, LINKE) und Enthaltungen wurde letztendlich mehrheitlich dem Ausscheiden von Sven Großer/ AFD mehrheitlich zugestimmt.

Eine Änderung der Wahlkreise zur Kommunalwahl/ KT 2024 wurde im TOP 2.5 vorgestellt. Wegen rückläufiger Einwohnerzahlen insbesondere im südöstlichen Bereich des LK Leipzig (Bad Lausick, Colditz) machte sich eine Anpassung erforderlich. Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Der TOP 2.6 wurde vor der Beschlussfassung zur Tagesordnung auf Vorschlag des Landrates gestrichen (Nachholung in der Sitzung KT im Oktober) Somit rücken alle Vorlagen auf der TO einen Punkt nach oben.

NEU Top 2.6 und 2.7 behandelte die jeweilige Wahl von Ersatzvertretern und Verhinderungsvertretern für Zweckverbände (KISA und TKB Sachsen) und erhielten die Zustimmung.

In den TOP 2.8 und 2.9 wurde jeweils wegen Ausscheidens eines Aufsichtsratsmitgliedes der Muldentalkliniken GMBH und der Soziale Dienste Muldental GmbH eine Nachbesetzung vorgenommen. Durch offene Wahl ist nun Mathias Schmiedel/ UWV neuer ASR der Muldentalkliniken GMBH und der Soziale Dienste Muldental GmbH.

Im TOP 2.10 lag ein Vorschlag zur Richtlinie „Förderung von Kleinprojekten und Einzelmaßnahmen der Jugendhilfe“ vor, der ebenso bestätigt wurde wie der im TOP 2.11 vorgelegte Vorschlag zur „Förderung des Sports“.

KR Hohnstädter warb in einer kurzen Rede um die Zustimmung, da diese Richtlinien zu den wenigen möglichen freiwilligen Leistungen des LKL gehörten, die aber für ehrenamtlich Tätige in den genannten Bereichen zu erheblichen Unterstützungen und Entlastungen führen könnten. Es erfolgte einhellige Zustimmung.

Im TOP 2.12 wurde ein Antrag der AFD- Fraktion vorgelegt, der die „Öffnung des Besucherverkehrs für alle Ämter der LK- Verwaltung OHNE vorherige Terminvereinbarung“

zum Ziel erklärte. Begründet wurde der Antrag mit „besserer Teilhabe, Ausgrenzung älterer Menschen...“, da online- Terminierungen nicht ausreichend funktionieren würden.

Der Landrat stellte klar, dass die Ämter des LRA im Rahmen der Öffnungszeiten grundsätzlich und uneingeschränkt offen seien.

Frau S. Haedicke, Leiterin Straßenverkehrsamt, bestätigte dies gleich zu Beginn ihrer Rede. Termine könnten nicht nur online oder persönlich vereinbart werden, sondern es stehe auch eine Hotline (03433- 241- 5575) mit persönlichem Kontakt (nicht automatisiert) zur Verfügung. Diese sei, besonders für Ältere und Menschen mit Einschränkungen sehr komfortabel. Sie selbst habe so im letzten Monat über 80 Termine vergeben. Wo technisch möglich werden diese per Mail bestätigt und dann am Tag zuvor nochmals daran erinnert.

Unaufschiebbar Termine, z.B. in Notlagen seien immer möglich.

Eine Terminierung mache den Publikumsverkehr planbar, verringere die Wartezeiten erheblich, sei aber keine Bedingung. Auch müsse natürlich den Mitarbeitern genügend Zeit und Möglichkeit für die Abarbeitung eingeräumt werden.

Aktuell werde die derzeitige Praxis als gut funktionierende, optimale Lösung wahrgenommen.

In Folge dieser Darstellung lehnte die große Mehrheit, außer der AFD selbst, den Antrag bei zwei Enthaltungen ab.

Ein zweiter Antrag, erstellt von der Fraktion LINKE und mit Unterstützung der GRÜNEN thematisierte die als „Verkehrschao“ beschriebene Situation auf dem Cospudener See, ursächlich durch den Betrieb bzw. die Nutzung von (insgesamt) 120 genehmigten Motorbooten und zielte auf ein entsprechendes grundsätzliches Verbot ab.

KR Runkwitz/ LINKE ergriff das Wort und holte dabei sehr weit aus, beginnend mit der aktuellen Allgemeinsituation, in der Parolen und Lügen die öffentliche Wahrnehmung und Meinungsbildung beeinflussen.

Hier ließen die Gesetze dies zu- aber es gäbe immer zwei Seiten. Natur und Gewässerschutz würden „aus Spaß geschädigt und geschändet“. Es sei jetzt die Gelegenheit zu sagen: „nicht weiter so...“, um zu Gunsten des Umweltschutzes eben auf diesen „Spaß“ zu verzichten.

KR S. Bothe/ SPD erklärte er, dass die SPD in Markkleeberg einen solchen Antrag unterstütze.

Sachsen habe z. Zt. Schiffbarkeitsregeln in Arbeit und es wäre in dem Zusammenhang ein Signal nach Dresden. Die SPD im KT werde zustimmen.

H. Kunze/ CDU-FDP wies darauf hin, dass hier der KT nicht zuständig sei sondern die Anrainer Stadt Markkleeberg und Stadt Leipzig.

Der Landrat ergänzte zum Inhalt des Antrags, dass die Verfasser aktuell den Passus betreffend einer Klagebefugnis geändert hätten (entfällt) und es somit nur noch darum ginge, dass der LK Leipzig eine Stellungnahme im Sinne des Antrags abgeben solle.

Dabei verwies Henry Graichen auch darauf, dass eigentlich alles geregelt sei, dass gängige Motorboote gar nicht zulässig seien- ab einer bestimmten Größe.

Außerdem sei im Antrag gar nicht definiert, was überhaupt konkret verfolgt werde.

KR H. Schulz/ CDU-FDP griff den verwendeten Begriff „Brettern“ auf und hielt dagegen, dass im Wassergesetz geregelt sei, dass die Geschwindigkeiten ohnehin in Ufernähe auf max. 5 km/h, sonst max. 30 km/h begrenzt seien. Von permanentem Lärm in unzumutbarer, belastender Intensität könne ohnehin nicht die Rede sein.

Es sehe auch eine Gefahr für die vielfältige touristische Nutzung der Seen.

Man solle doch diejenigen agieren lassen, die auch die Zuständigkeit inne haben und nicht die aktuell laufende Überarbeitung der Regularien mit diesen Forderungen „abwürgen“.

KR Schruth/ GRÜNE erläuterte, dass es wohl eng werde auf dem See- Segelboote, Surfer, SUP's, Paddler,... Ein Großteil der genehmigten Bootsmotoren betreffen aber Hilfsmotoren, die die Segler aus dem Hafen/ Marina oder vom Steg wegbrächten. Mit der aktuellen Praxis seien eigentlich alle zufrieden. Trotzdem solle man dieses „Zeichen“ nach Dresden senden, damit das Sächs. Wassergesetz kritisch überarbeitet werden könne. Die Regeln zur Schiffbarkeit seien ein Pendant zur STVO im Straßenverkehr.

Abschließend nannte der Landrat den Antrag ein tragfähiges Ansinnen.

In der Abstimmung lehnte eine Mehrheit den Antrag zum Verbot von Motorbooten auf dem Cospudener See ab.

Im TOP 2.14- Anfragen der Kreisräte- wurde durch KRin U. Kniesche/ UWV nochmals zur Frage des aktuellen Standes betreffend den eventuellen Erwerb des Hotels in Deutzen zum Zweck der Unterbringung von Flüchtlingen hinterfragt.

Der Landrat erklärte, dass der Kauf nicht vollzogen sei, auch zeitnah nicht beabsichtigt sei, aber auch nicht auszuschließen sei.

Es seien der Kreisverwaltung viele Wohnungen angeboten worden, insbesondere für Geflüchtete aus der Ukraine, die im SGB II- Status seien.

KR Th. Illig/ fraktionslos (ehem. AFD) ging auf den ihm bekannten aktuellen Kaufpreis von wohl 600 T € ein und fragte, wie dieser zu Stande komme.

Der jetzige Eigentümer (Deutsch- Türkisch) habe „nur“ 80 T € (angeblich 25 T €) beim Erwerb bezahlt, im letzten Jahr sei das Objekt für 120 T € im Internet angeboten worden.

Im Beschluss seien 600 T € benannt gewesen- einschließlich Nebenkosten.

Wer habe das Objekt überhaupt dem LKL angeboten? Es sei auch die Rede von Strohmännern.

Welche Nebenkosten seien zu erwarten? Die Herrichtung würde wohl 1,2 Mio € kosten.

Weiterhin trat KR R. Gängel/ LINKE ans Mikrofon, verwies auf den im August bevorstehenden Schulbeginn, insbesondere bezüglich der neuen Erstklässler und äußerte sich kritisch zu dem, was diese Kinder alltäglich an Ballast- den er selbst wörtlich „Müll“ nannte- herum schleppen müssten.

Konkret fragte er dabei, ob dies im Rahmen der Einschulungs- und Schuluntersuchungen in Zuständigkeit des Landkreises thematisiert und geprüft werde.

Ende der Sitzung